



# Überbordende Bürokratie: Das sagen regionale Unternehmen

Eine Kurzanalyse der IHK Kassel-Marburg



Industrie- und Handelskammer  
Kassel-Marburg

## Die Kernergebnisse:



Zwei Drittel aller Unternehmen in Nordhessen und der Region Marburg fühlen sich stark oder sehr stark durch Bürokratie in ihrem unternehmerischen Handeln belastet und gebremst.



Die Hauptursachen für bürokratische Belastungen sind die Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die statistischen Meldepflichten, die Datenschutzgrundverordnung, die kompliziert ausgestalteten Gesetze und Verordnungen sowie die fehlende oder nicht stringente Digitalisierung von Behörden.



Die Mehrheit der Befragten verbringt zwischen 100 und 500 Stunden pro Jahr damit, bürokratische Vorgaben zu erfüllen.



Für über ein Drittel fallen Kosten von mehr als 10.000 Euro im Jahr durch Bürokratie an.

## Das Vorgehen:

Die Basis dieser Analyse bietet eine Umfrage zur bürokratischen Belastung, die zwischen April und Mai 2023 branchenübergreifend an circa 16.000 Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistung aus dem Bezirk der Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel-Marburg per E-Mail versandt worden ist. Die Beantwortung der Umfrage erfolgte anonym über ein Online-Formular. Die Umfrage wurde unter der Prämisse der Niedrigschwelligkeit konzipiert, hielt aber auch die Möglichkeit für tiefergehende Antworten bereit: Optionale Freitextfelder ergänzten Multiple-Choice-Fragen. An der Umfrage haben sich 548 Betriebe beteiligt.

### Impressum

Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel-Marburg  
Kurfürstenstraße 9 | 34117 Kassel

☎ 0561 7891-0  
@ info@kassel.ihk.de  
🌐 [ihk.de/kassel-marburg](https://www.ihk.de/kassel-marburg)

Gesamtverantwortung (V.i.S.d.P.): Dr. Arnd Klein-Zirbes

Redaktion: Daniel Hankel, Andreas Nordlohne, Celina Zöll,  
Henning Wolf, Thomas Krause M.A. (Lektorat)  
☎ 0561 7891-285  
@ [hankel@kassel.ihk.de](mailto:hankel@kassel.ihk.de)

Kassel im Juli 2023

Cover: winyu | stock.adobe.com

# Warnrufe aus dem Mittelstand endlich ernst nehmen

Eine überbordende Überregulierung und Bürokratie belasten besonders die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Nordhessen und der Region Marburg stark. Mangels personeller Ressourcen arbeiten Inhaber häufig selbst die Vielzahl an Vorgaben und Regularien ab – was Zeit bindet, die für die Weiterentwicklung des Unternehmens und für Kundenkontakte fehlt. Zwar ist ein gesundes Maß an Vorschriften und Regeln essenziell, da es für Rechtssicherheit und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse sorgt. Doch sollten Politik und Verwaltung die Warnrufe aus dem Mittelstand, die seit Jahren nahezu ungehört verhallen, endlich ernst nehmen und sie in angemessene Rahmenbedingungen umsetzen. Denn gerade in diesen Zeiten sind Entlastungen vonnöten, die den Betriebsalltag gezielt erleichtern und nicht weiter erschweren.

Wie wichtig der hiesigen Wirtschaft der Bürokratieabbau ist, zeigt allein schon das Ausmaß ihrer Beteiligung an einer Online-Umfrage unserer IHK: Knapp 550 Unternehmen aus Nordhessen und der Region Marburg haben einen Teil ihrer knappen Zeit investiert, um sie zu beantworten und die für sie größten Belastungen zu artikulieren. Um im Wettbewerb der Standorte attraktiv zu bleiben und das Fundament unserer sozialen Marktwirtschaft nicht zu schädigen, braucht es schlanke und pragmatische Lösungen, die Unternehmen spürbar entlasten. Die aktuelle Fülle und Unübersichtlichkeit von Regelungen engt Spielräume ein, zum Beispiel wenn Unternehmen fortgeführt, erweitert oder gegründet werden sollen. Hinzu kommen immer weitere Belastungen, vom Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz bis hin zu den Berichtspflichten rund um EU-Taxonomie und Sustainable Finance. Das alles kostet Zeit, die nicht für Kunden und die Weiterentwicklung des Unternehmens zur Verfügung steht.

Wie unter einem Brennglas haben die vergangenen Krisen-Jahre offengelegt, dass komplexe und langwierige Genehmigungsverfahren die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts bedrohen. Das belegt auch der schleppend verlaufene Systemwechsel hin zu erneuerbaren Energien: Für den Bau von Windenergieanlagen braucht es nicht selten über drei Jahre, bis eine Genehmigung vorliegt. Bei Industrieanlagen benötigen Änderungsgenehmigungen oftmals länger als ein Jahr. So lassen sich die gesteckten Klimaziele kaum erreichen.

Dass wir anders können, wenn wir wollen, belegt der Bau der neuen Flüssiggas-Terminals. Dank beschleunigter Planungs- und Genehmigungsprozesse wurden sie in unter einem Jahr errichtet. Diese von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufene neue Deutschland-Geschwindigkeit sollte als verbindliche Blaupause auf möglichst vielen Feldern Anwendung finden, beispielsweise bei den noch oft händischen Visa-Verfahren im Zuge der Fachkräfteeinwanderung. Dass solche beschleunigten Verfahren unter anderem auch für die Pharmaindustrie gelten sollen, hat der Kanzler bei seinem Besuch des Marburger BioN-Tech-Werks Anfang 2023 zugesagt. Das Biotech-Unternehmen investiert circa 40 Millionen Euro, um in Marburg die erste eigene Plasmid-Produktion für die Entwicklung von Krebsmedikamenten aufzubauen.

Allein mit Verfahrensbeschleunigung ist es jedoch nicht getan. Vielmehr sollten wir uns von allem bürokratischen Ballast befreien, der unnötig ist – das entlastet Wirtschaft und Verwaltungen gleichermaßen. Dafür hat die IHK-Organisation viele konkrete Vorschläge vorgelegt, wie Anfang 2023 bei einer Abfrage des Bundesministeriums der Justiz sowie wiederholt auf eigene Initiative. Wie die folgenden Seiten zeigen, haben Unternehmerinnen und Unternehmer selbst ausreichend Beispiele aus ihrem Alltag parat. Unsere IHK greift bei ihrer politischen Arbeit auf diese Einblicke in die Betriebspraxis und das unternehmerische Erfahrungswissen zurück, um die neue hessische Landesregierung mit Nachdruck von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Menge und Detailtiefe bürokratischer Vorgaben spürbar zu verringern oder zumindest auf ein erträgliches Maß zu begrenzen.

Ihr



**Jörg Ludwig Jordan**

Präsident der IHK Kassel-Marburg

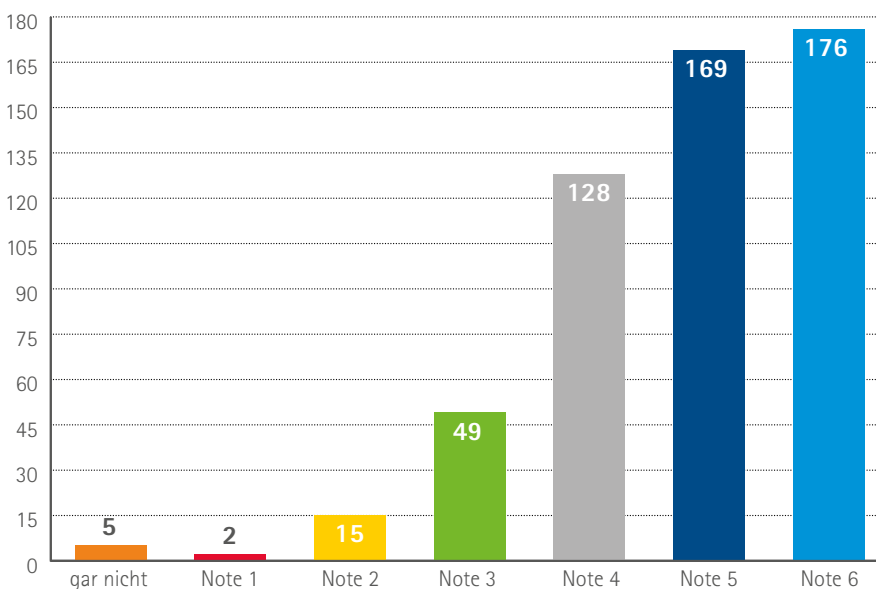


## Durchschnittsnote 4,8: Unternehmen stark von Bürokratie belastet

### ? Wie stark fühlen Sie sich in Ihrem unternehmerischen Handeln von der Bürokratie gebremst?

Eingangs wurden die Unternehmen nach der grundsätzlichen subjektiven Belastung durch Bürokratie befragt. Am häufigsten wählten sie mit 176 Stimmen die Note 6 (sehr stark) aus. Stark ausgebremst (Note 5) durch Vorgaben und Regularien werden 169 Unternehmen. Die Angabe „gar nicht gebremst“ sowie die Noten 1 und 2, die für eine kaum spürbare bis geringe Belastung stehen, wählten die Unternehmen hingegen insgesamt nur 22-mal aus.

Der Notenschnitt auf dieser Bürokratiebelastungsskala liegt damit bei 4,8. Die Unternehmen in Nordhessen und der Region Marburg nehmen Bürokratie als ein starkes Hemmnis wahr.



Ø 4,8

Ellen Kördel-Heinemann, Geschäftsführerin Hch. Kördel GmbH, Guxhagen

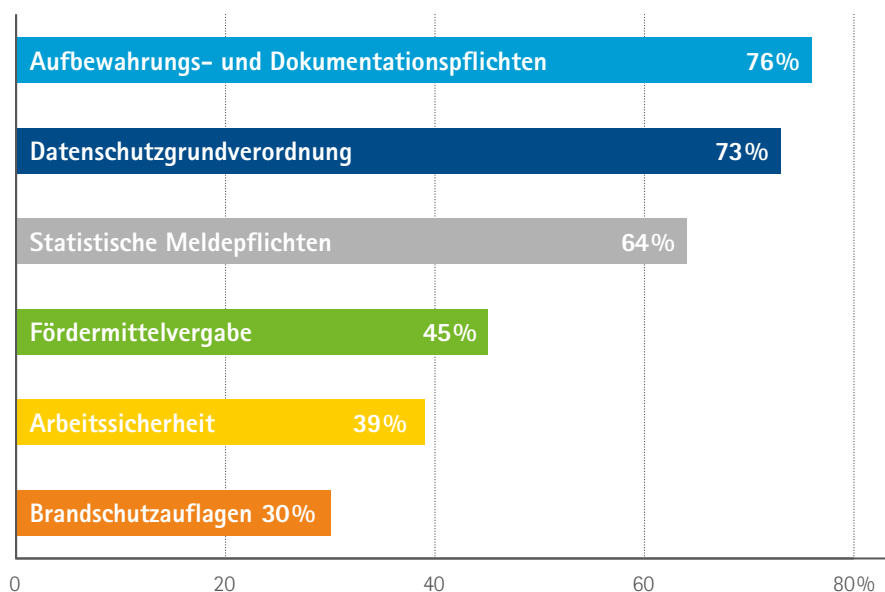
„Nicht nur bei Verkehrsinfrastrukturprojekten müssen die Zeiträume zwischen Beschluss und Umsetzung drastisch verkürzt werden, wenn wir als Wirtschaftsstandort attraktiv bleiben und die Klimaschutzziele bis 2030 erreichen wollen. Hier braucht es mehr Mut seitens der Politik. Es ist schwer nachvollziehbar, warum wir auf die Fertigstellung der A 44 und den Lückenschluss der A 49 jahrzehntelang warten müssen. Dass es sehr viel schneller geht, zeigt ein Blick ins benachbarte Italien mit dem „kleinen Wunder von Genua“: Die 2018 eingestürzte Morandi-Brücke ist innerhalb von nur 18 Monaten abgerissen und wiederaufgebaut worden. Ansonsten dauern Umsetzung und Bauzeiten in Italien im Schnitt allerdings auch 16 Jahre.“



# Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten an der Spitze

## In welchem Themenbereich sehen Sie große bürokratische Belastungen? (Mehrfachangaben möglich)

Sechs Antwortoptionen standen zur Auswahl, um die bürokratischen Belastungen zu identifizieren: An Nummer eins setzen die regionalen Unternehmen die Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (76 Prozent), dicht gefolgt von der Datenschutzgrundverordnung (73 Prozent). Knapp zwei Drittel fühlen sich durch statistische Meldepflichten belastet. Fast jedes zweite Unternehmen bemängelt überbordende Regularien im Zusammenhang mit Fördermittelvergaben. Mit 39 und 30 Prozent hat ungefähr jedes dritte angegeben, dass die Bestimmungen zur Arbeitssicherheit und zum Brandschutz belasten.



Ralph Hübschmann, Hübschmann Aufzüge, Korbach

„Über alle Wirtschaftszweige hinweg wächst seit Jahren der Dokumentationsaufwand. Beispiel Datenschutzgrundverordnung: Sie fügt sich ein in einen Trend, für verschiedene Themenfelder Beauftragte bestellen und beschäftigen zu müssen, zum Beispiel für Arbeitssicherheit, Brandschutz, Leitern und Ersthelfer. So gerechtfertigt das für manche Gebiete und Prozesse sein mag, steht für mich in Frage, ob dieser Facettenreichtum in Breite und Tiefe erforderlich ist – neben den vielfältig-detaillierten Statistikpflichten, die ordentlich Zeit und Geld kosten. Hinzu kommt in unserer Branche, dem Bau von Aufzügen, dass wir uns durch ein komplexes Vergaberecht mühen müssen. Ausschreibungsinhalte sind zum Teil nur schwer nachvollziehbar. Eine Erleichterung wäre der Aufbau einer bundesweit einheitlichen E-Vergabe-Plattform.“

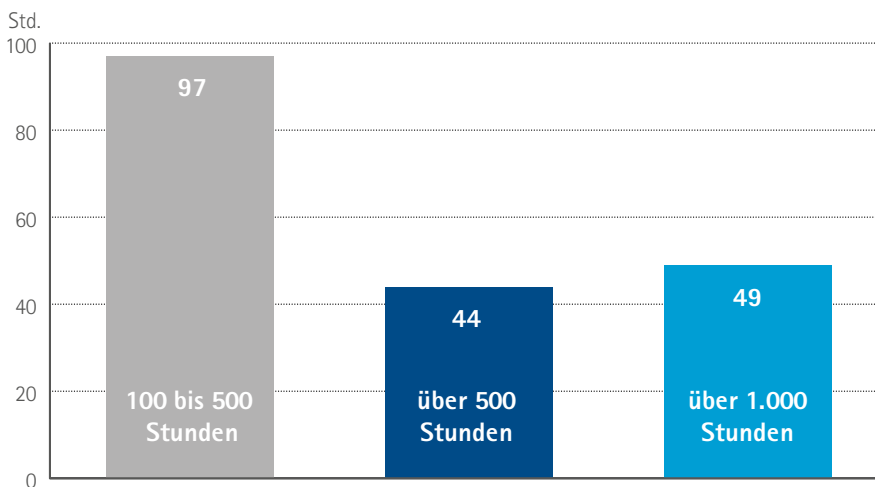


# Hunderte Stunden pro Jahr

## Wie viele Stunden wendet Ihr Betrieb pro Jahr für Bürokratie auf?

Die Anzahl an Stunden, die ein Betrieb im Jahr für die Bewältigung bürokratischer Anforderungen benötigt, ist ein Faktor zur Quantifizierung der Gesamtbelastung. Um die Frage zu beantworten, wurde ein Freifeld zur Verfügung gestellt, um ein möglichst differenziertes Gesamtbild zu erzeugen. Methodisch ist die Stundenzahl in Relation zur Betriebsgröße zu sehen. Der höchste genannte Wert lag bei circa 5.000 Stunden, was der Arbeitsleistung von ungefähr drei Vollzeitmitarbeitenden pro Jahr entsprechen würde.

Nach Stundenanzahl geclustert ergibt sich das Bild, dass sich die Mehrheit der 190 Unternehmen, die sich zu dieser Frage geäußert haben, in der Gruppe wiederfindet, die zwischen 100 und 500 Stunden pro Jahr Zeitaufwand angegeben hat. 49 Unternehmen beziffern die jährliche Belastung durch Bürokratie mit über 1.000 Stunden; 44 sehen sie zwischen 501 und 1.000 Stunden.



Anna Friedrich, Best Western Ambassador in Baunatal und Best Western Hotel Kurfürst Wilhelm I. in Kassel

„Die Anforderungen beim Datenschutz sind ein enormes Hemmnis. Der Meldeschein ist so ein Beispiel. Jeder Gast muss die private beziehungsweise die geschäftliche Adresse sowie den Grund der Reise angeben. Diese sehr sensiblen Daten müssen wir lagern. Jedoch sind wir nicht verpflichtet, die Richtigkeit der Daten anhand von Ausweisdokumenten zu überprüfen. Das ist weder logisch noch konsequent. Das Ausfüllen der Scheine ist für die Gäste lästig, unserem Team raubt das Entziffern der Schrift viel Zeit. Bei den Meldescheinen hilft selbst die Digitalisierung nicht weiter. Ein wenig sinnstiftender Prozess wird nicht besser, wenn man ihn digitalisiert. Daher gehört solch unnötige Bürokratie komplett abgeschafft.“



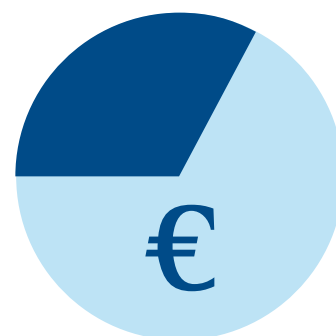
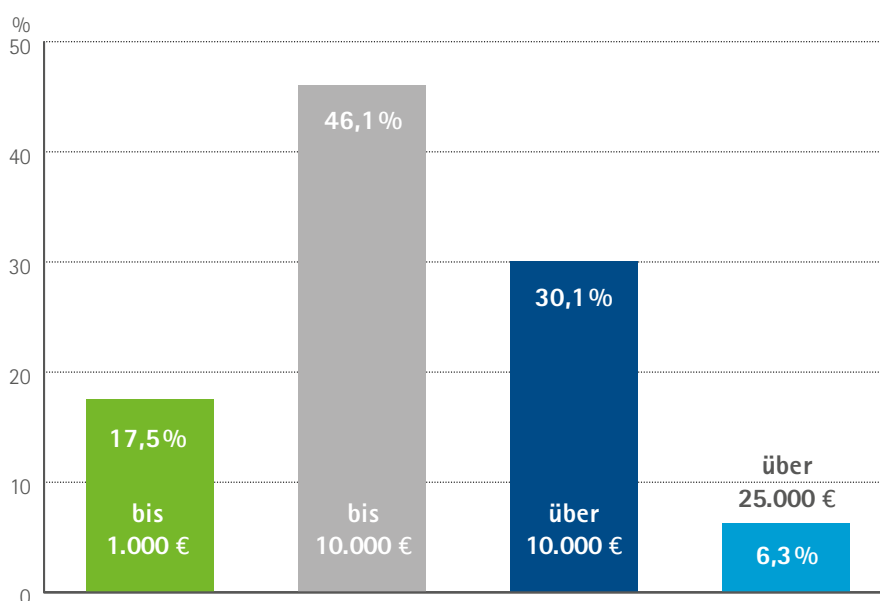
## Für mehr als ein Drittel entstehen Kosten von über 10.000 Euro pro Jahr

### 🔍 Können Sie beziffern, wie viel Sie bürokratischer Aufwand im Jahr kostet?

Die Umfrage gab die drei Auswahlmöglichkeiten „bis 1.000 Euro“, „bis 10.000 Euro“ und „über 10.000 Euro“ vor und fragte zusätzlich ab, ob die Unternehmen den genauen Wert beziffern können.

Sechs Prozent der Unternehmen in Nordhessen und der Region Marburg nennen Werte, die über 25.000 Euro pro Jahr liegen, sodass diese Stufe in der Auswertung mit berücksichtigt worden ist. Der höchste angegebene Wert liegt bei 200.000 Euro.

36 Prozent geben an, dass die jährlichen Kosten für das Bearbeiten von Bürokratie über 10.000 Euro liegen. Mit 46 Prozent hat fast die Hälfte der Betriebe vierstellige jährliche Kosten. 18 Prozent beziffern den Wert auf 1.000 Euro.



Dr. Anne Fenge, Vorstand Hermanns AG, Kassel

„ Von Politik und Verwaltung wünsche ich mir schnellere Genehmigungsverfahren: Dass es geht, wenn der politische Wille da ist, zeigen die neuen Flüssiggas-Terminals an der Küste. Insgesamt belasten bürokratische Vorgaben unsere Branche stark und die bereits hohen Verwaltungskosten steigen weiter. Sobald das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz nicht nur für große Konzerne greift, sondern auch – und das ist absehbar – für den Mittelstand, weiß ich nicht, wie wir das händeln sollen. Die politischen Entscheidungsträger sollten mehr auf diejenigen hören, die die Grundlagen unseres wirtschaftlichen Wohlstands schaffen.“

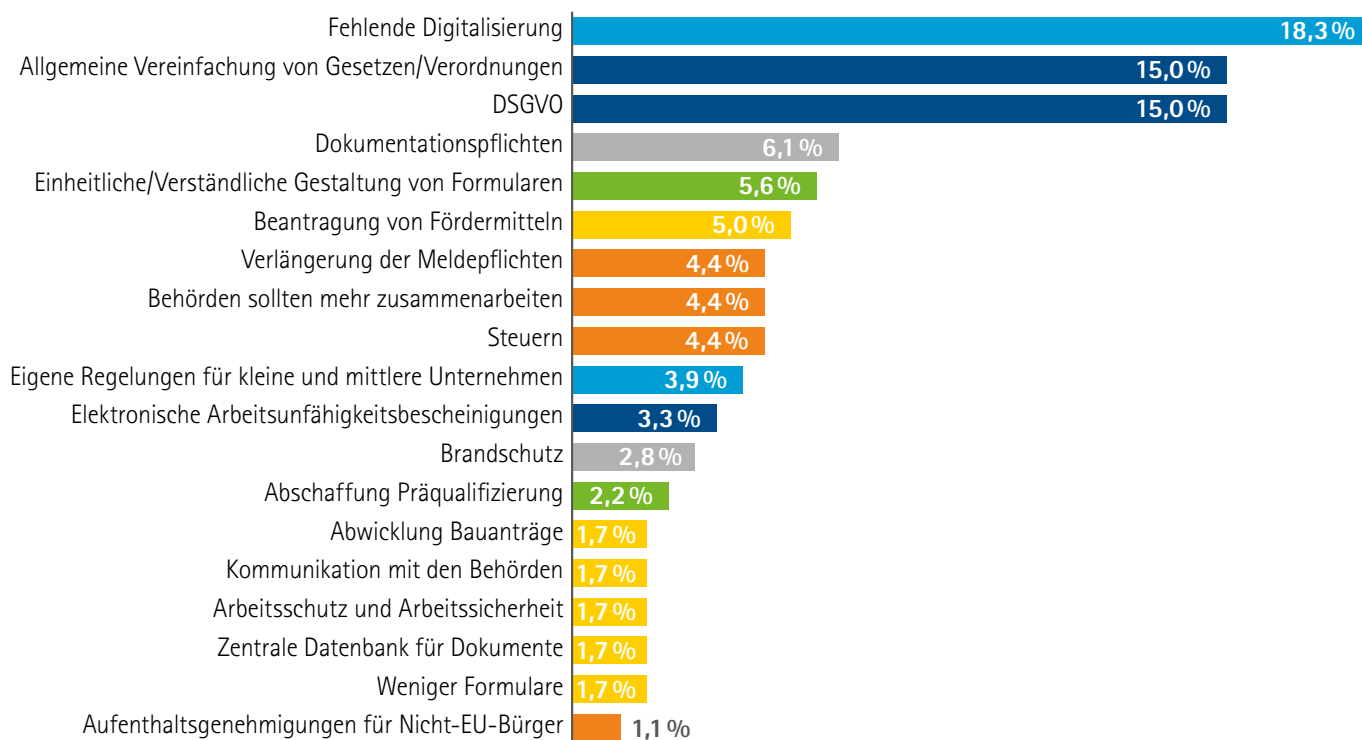


# Zügige Digitalisierung ist der größte Hebel

## ? Haben Sie konkrete Beispiele, wo und wie gesetzliche Vorgaben einfacher umgesetzt werden können?

Dieses optionale Freitextfeld haben 180 Unternehmen genutzt. Die Antworten wurden thematisch geclustert.

Am häufigsten nennen die Unternehmen mit 18 Prozent die nicht stringente Digitalisierung bei behördlichen Kontakten inklusive fehlender Schnittstellen zwischen den Behörden. Das allgemeine Vereinfachen beziehungsweise Abschaffen von Gesetzen und Verordnungen sehen 15 Prozent als eine Lösungsmöglichkeit an. Der gleiche Prozentsatz wünscht sich Vereinfachungen bei der Datenschutzgrundverordnung, bei Dokumentationspflichten sind es 6,1 Prozent. Für eine simplere und verständlichere Ausgestaltung von Formularen werben 5,6 Prozent. Ein einfacheres Beantragen von Fördermitteln fordern fünf Prozent.



Andreas W. Ditze, tripuls media innovations GmbH, Marburg

„Die Chancen der Digitalisierung müssen viel konsequenter und zügiger genutzt werden. Zum Beispiel durch ein dereguliertes und digitalisiertes Vergaberecht, einen serviceorientierten Umgang der Finanzämter mit Unternehmen mithilfe digitaler Angebote sowie digitalisierte, gebündelte und beschleunigte Verwaltungsverfahren, die die Rahmenbedingungen für Erwerbsmigration verbessern helfen. Überzogene bürokratische Verfahren behindern die Anpassungsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts. Ein zügiger Bürokratieabbau mithilfe digitaler Verfahren hingegen entlastet die Wirtschaft wirksam. Er wirkt wie ein Konjunkturpaket, das Unternehmen jetzt dringend gebrauchen können.“





# Wachstumsbremse Bürokratie lösen: IHK-Forderungen zur Landtagswahl 2023



## Bürokratie systematisch abbauen

Bürokratieabbau erfolgt weitgehend unkoordiniert und beschränkt sich auf Einzelmaßnahmen. Eine ganzheitliche, langfristig angelegte Strategie und adäquate, professionelle Strukturen fehlen. Die neue Landesregierung sollte einen zielorientierten und ressortübergreifenden Ansatz verfolgen, wobei die Berücksichtigung der Unternehmensrealität im Fokus stehen sollte. Denkbar wäre auch die Einrichtung einer Clearingstelle Mittelstand, die Landesgesetze bereits im Entstehungsprozess auf ihre Tauglichkeit in Bezug auf kleine und mittlere Unternehmen hin überprüft. In anderen Bundesländern bestehen solche Clearingstellen bereits.



## Behördliche Prozesse intelligent digitalisieren

Mit digitalen Strukturen lassen sich nicht nur Betriebsabläufe optimieren, auch alle behördlichen Vorgaben sollten digital ermöglicht werden. Das Onlinezugangsgesetz sollte Anlass sein, bürokratische Prozesse neu zu strukturieren und vom Ergebnis her zu denken. Beispielsweise sollte für Tourismusbetriebe die Infektionsschutzbelehrung durch ein hessenweit einheitliches digitales Portal abgelöst werden, durch das die Belehrung jederzeit online erfolgen kann – ungeachtet behördlicher Öffnungszeiten.



## Serviceorientierter Umgang der Finanzämter, verständliche Vorgaben, zeitnahe Prüfungen

Unternehmen möchten sich gesetzeskonform verhalten, scheitern aber oft an der hohen Komplexität des Steuerrechts und unklaren Vorgaben. Aufgabe der Finanzverwaltung sollte es sein, für Unternehmen schnelle Rechtssicherheit und Planbarkeit zu schaffen – serviceorientiert und partnerschaftlich. Die Modernisierung und Digitalisierung des Besteuerungsverfahrens sollte nicht nur der Finanzverwaltung, sondern gleichermaßen auch den Steuerpflichtigen nützen. Steuerliche Prüfungen sollten zeitnah und gestrafft durchgeführt werden. Die verbindliche Auskunft über die steuerliche Beurteilung von zukünftig zu verwirklichenden Sachverhalten sollte zu einem praxistauglichen Instrument ausgebaut werden, indem die Anforderungen an den Antrag auf verbindliche Auskunft großzügig gehandhabt werden und Unternehmen bei formalen Vorgaben von der Verwaltung unterstützt werden.

Markus Gilbert, Stadtwerke Bad Hersfeld



*Damit die Energiewende gelingt, wünsche ich mir mehr Klarheit im Großen – ein gemeinsames Zukunftsbild, für das sich unsere gemeinschaftliche Anstrengung lohnt – und weniger Regelungswut im Kleinen. Was wir weniger brauchen, ist eine hochfrequente Gesetzgebung, die versucht, selbst kleinste Markt- und Technikdetails zu regeln, bis die gute Absicht in Unverständlichkeit oder Undurchführbarkeit versinkt. Ich wünsche mir Technologieoffenheit und einen Plan, der auch bei Kälte und Windflaute funktioniert.*





## Vergaberecht deregulieren und digitalisieren

Die öffentliche Hand sollte die Chancen für wirtschaftliche Beschaffungen erkennen und nutzen. Immer detailliertere Regeln und Auflagen in Bezug auf soziale, ökologische und Menschenrechtsaspekte sind nicht erforderlich, da das bisherige Recht sie schon umfassend berücksichtigt. Je mehr Aspekte in einem einzigen Vergabeverfahren zu prüfen sind, desto komplizierter, bürokratischer und langwieriger werden sie. Die Gefahr: Viele kompetente Unternehmen bewerben sich nicht um öffentliche Aufträge. Damit Vergabeverfahren schneller und kostensparend realisiert werden können, sollte eine elektronische Angebotsabgabe von öffentlichen Auftraggebern durchweg angeboten werden.



## Schneller planen und genehmigen

Planungs- und Genehmigungsverfahren in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur und Flächenentwicklung müssen beschleunigt und vereinfacht werden. Dies kann geschehen durch:

- Zusammenführung von Verfahren (z.B. Umweltprüfungen),
- optimierte Öffentlichkeitsbeteiligung und Umsetzung auch außerhalb des Planrechtsverfahrens,
- Instanzenverkürzung und Regeldauer bei Gerichtsverfahren,
- Genehmigungsfiktion für Behörden,
- Wiedereinführung der Präklusion,
- Taskforces für eilbedürftige Infrastrukturen,
- Bereitstellung von Planungskapazitäten.

Ingo Buchholz, Vorstandsvorsitzender Kasseler Sparkasse



*Berichtspflichten können kleinen und mittelständischen Unternehmen trotz aller Bürokratie helfen, ihre Nachhaltigkeit zu verbessern und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Allerdings sollten sich Umfang und Komplexität an der Unternehmensgröße ausrichten. Andernfalls würde sogar die Gefahr bestehen, dass die (Über-)Regulierung den kreditfinanzierten Umbau der Wirtschaft gefährdet.*





## Bürokratie reduzieren, „Reallabor Nachfolge“ einrichten

Alle gesetzlichen und verordneten Rahmenbedingungen sollten daraufhin überprüft werden, ob sie überhaupt erforderlich sind oder wie sie vereinfacht werden können. Dies trägt den begrenzten Ressourcen von Existenzgründern, Unternehmensübernehmern und Mittelständlern Rechnung. Außerdem sollte das Land ein „Reallabor Nachfolge“ einrichten, indem der bestehende Regulierungsrahmen durch gezielte Anpassungen sowie Anwendungs- und Durchführungsverordnungen so ausgestaltet wird, dass Betriebsübernahmen und Unternehmensnachfolgen in Hessen möglichst einfach stattfinden können. Das Ziel: Unternehmensnachfolgen durch den Wegfall bürokratischer Hürden zu erleichtern, um wertvolle Arbeitsplätze zu erhalten.



## Sustainable Finance: Spielräume für KMU-Finanzierung erhalten

Das Dickicht bereits umgesetzter und noch in der Diskussion befindlicher EU-Regulierungsmaßnahmen – nicht zuletzt im Komplex „Sustainable Finance“ und in der EU-Taxonomie-Verordnung – wirkt sich hemmend auf die Geschäftstätigkeit in der Realwirtschaft aus und engt zunehmend Spielräume der Unternehmensfinanzierung ein. Sustainable Finance muss sicherstellen, dass der ökologische Umbau der Wirtschaft kreditfinanziert organisiert werden kann. Die hessische Landesregierung sollte ihre Einflussmöglichkeiten nutzen, um hier im Sinne der mittelständischen Wirtschaft gegenzusteuern. Es gilt, die Fähigkeit des Mittelstandes zu Investitionen – nicht nur in solche, die die ESG-konforme Transformation der Betriebe vorantreiben – zu bewahren. Neue bürokratische Anforderungen und Berichtspflichten für kleine und mittlere Unternehmen müssen unterbleiben – oder deren Ausmaß muss zumindest in einem angemessenen größenproportionalen Rahmen gehalten werden. Die Finanzmarktpolitik darf in diesem Kontext generell nicht als Vehikel zur Verwirklichung ökologischer oder sozialpolitischer Zielsetzungen herangezogen werden.

*Désirée Derin-Holzapfel, friedola 1888 GmbH, Meinhard-Frieda*

„ Weniger Regulierung und eine effizientere Verwaltung sind ein Konjunkturimpuls zum Nulltarif. Leider ist es tatsächlich aber genau umgekehrt. Die bürokratische Last hat in den vergangenen drei Jahren massiv zugenommen. Neue Gesetze und Verordnungen kommen von allen Seiten. Gerade aus der EU kommt eine Vielzahl an Berichts- und Dokumentationspflichten hinzu, die überwiegend nicht digitalisiert und vereinheitlicht sind. Dies bekommen auch kleine und mittlere Unternehmen stark zu spüren, darüber hinaus wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit verzerrt. Konkret wurden Unternehmen in den vergangenen Monaten durch die Gas- und Strompreisbremse, die Grundsteuererhebung und das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz besonders belastet, aktuell kommt das Hinweisgeberschutzgesetz hinzu. Hierbei ist es nicht so, dass nur die großen Unternehmen betroffen sind: Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen werden zum Beispiel über die Lieferkette verpflichtet, die Berichtspflichten als Zulieferer größerer Unternehmen zu übernehmen. Ein nachhaltiger Bürokratieabbau und das Abschaffen von Redundanzen sind deshalb zwingend notwendig. Ich wünsche mir von der hessischen Landesregierung deshalb, dass sie sich an die Spitze der bundesweiten Entbürokratisierungsinitiative setzt – ganz dem Verständnis des Wirtschaftsstandortes Hessen in Deutschland entsprechend.“





Industrie- und Handelskammer  
Kassel-Marburg

## Und was ärgert Sie am meisten?

Nennen Sie uns Ihre Bürokratie-Lasten, über die Sie sich am meisten ärgern.  
Welche konkreten Folgen haben sie für Ihr Unternehmen, was sollte sich ändern?

Wir freuen uns auf Ihren Input:

Daniel Hankel

☎ 0561 7891-285

@ hankel@kassel.ihk.de